



Vorlage an den Landrat**betreffend Staatsrechnung 2001**

vom 26. März 2002

1 Vorbemerkung

Entsprechend § 6 Buchstabe c der Kantonsverfassung¹ berichtet der Regierungsrat mit der Staatsrechnung gemäss § 33 Absätze 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes² über das Finanzjahr 2001. Die Staatsrechnung enthält die Verwaltungsrechnung mit der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie die Bilanz des allgemeinen Staatsguts, Inventare und Angaben über Verpflichtungskredite. Weiter sind die Abschlüsse von Fonds und Stiftungen beigegeben. Einzelne besondere Aspekte der Rechnung werden von den Dienststellen in der üblichen Form kommentiert.

2 Rahmenbedingungen**2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die schweizerische und die regionale Wirtschaft waren 2001 gut ausgelastet. Es gab keine makroökonomischen Ungleichgewichte bedeutenden Ausmasses. Dies zeigt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die sich im Bereich des auf 1.5 bis 2 Prozent geschätzten potenziellen Wachstumspfad bewegte. Zudem lag die regionale Wachstumsrate der Nordwestschweiz über dem gesamtschweizerischen Durchschnittswert.

Trotzdem war nicht alles positiv. So litt die Region Basel unter einer schlechten Baukonjunktur und das schweizerische Bruttoinlandprodukt hat im vierten Quartal 2001 gegenüber dem Vorjahr stagniert (mit einer Zuwachsrate von 0.1%). Diese Zahlen widerspiegeln insbesondere eine Abschwächung beim Konsum und den Anlageinvestitionen.

¹ SGS 100

² SGS 310

Die Teuerung ist seit einigen Jahren gering. Sie lag auch 2001 deutlich unter der von der Schweizerischen Nationalbank gesetzten Obergrenze von 2 Prozent. Wirtschaft und Konsumenten waren nach den Anschlägen in New York vom 11. September 2001 verunsichert. Die Nationalbank hat jedoch mit einer Senkung des Zielbandes um 100 Basispunkte auf die sich abzeichnende Unsicherheit und die Aufwertung des Schweizer Frankens rasch reagiert und der Wirtschaft das notwendige Vertrauen gegeben.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der massgebenden Indikatoren:

Angaben in % (Veränderung zum Vorjahr)	1998	1999	2000	2001
BIP-Wachstum (real) CH	2.4	1.6	3.0	1.6
BIP-Wachstum (real) NWCH	2.1	3.2	3.3	2.0
Jahresteuierung (Konsumentenpreisindex)	0.0	0.8	1.6	1.1
Zinssätze Kapitalmarkt (Rendite eidg. Obligationen)	3.04	3.04	3.93	3.33

2.2 Sonderfaktoren

Der Kantonshaushalt des Kantons Basel-Landschaft wird durch Faktoren beeinflusst, welche durch übergeordnetes Recht (Bundesrecht oder interkantonaies Recht) bestimmt und daher nicht beeinflussbar sind. Es handelt sich um sog. gebundene Ausgaben. Im folgenden werden die gebundenen Bereiche und deren Auswirkung auf den Saldo der Laufenden Rechnung dargestellt.

Einfluss der Bundespolitik und von interkantonalen Vereinbarungen auf die Staatsrechnung Kanton Basel-Landschaft

In Mio. Fr.	R 2001	B 2001	Auswirkung auf Saldo L.R.
Bundesrecht			
Prämienvverbilligung gemäss KVG (netto)	33.7	29.2	-4.5
Beiträge an AHV/IV (netto)	78.1	76.1	-2.0
Interkantonale Verträge			
Uni-Beitrag an Basel-Stadt	89.0	77.2	-11.8
Beiträge i.R. von anderen Hochschul-Konkordaten	6.7	6.2	-0.5
Beiträge für UKBB (inkl. Rückstellungen)	18.1	15.0	-3.1
Beiträge an öff. Verkehr Basel-Stadt	2.8	1.7	-1.1
Total			-23.0

3 Überblick und Gesamtbeurteilung

3.1 Überblick über die Gesamtrechnung

Die *Laufende Rechnung* schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 51.0 Mio. Franken ab (budgetiert war ein Aufwandüberschuss von 9.3 Mio. Fr.). Gegenüber dem Budget resultiert ein um 51.7 Mio. Fr. höherer Aufwand. Die Erträge liegen um 10.0 Mio. Fr. über dem Budget. Gegenüber der Rechnung 2000 ist sowohl auf der Aufwand- als auch Ertragsseite eine Abnahme festzustellen; im Aufwand des Vorjahrs waren allerdings 80 Mio. Fr. Einlagen in Sonderfinanzierungen enthalten. Unter Berücksichtigung dieser einmaligen Rückstellungen hat der Aufwand in der Laufenden Rechnung gegenüber 2000 um 69.6 Mio. Fr. oder 3.3% zugenommen. Auf der Ertragsseite muss eine substantielle Abnahme von 2.9% oder 64 Mio. Franken hingenommen werden.

in Mio. Fr.	Rechnung 2000	% Ver. zu R 00	Rechnung 2001	% Ver. zu B 01	Budget 2001 inkl. NK
LAUFENDE RECHNUNG					
Aufwand	2'221.4	-0.5	2'211.0	2.4	2'159.3
Ertrag	2'224.3	-2.9	2'160.0	0.5	2'150.0
Saldo Laufende Rechnung	2.9		-51.0		-9.3
INVESTITIONSRECHNUNG					
Ausgaben	173.9	-8.0	159.9	-11.2	180.1
Einnahmen	28.9	-1.7	28.4	-6.3	30.3
Nettoinvestitionen	-145.0	-9.3	-131.5	-12.2	-149.8
SELBSTFINANZIERUNG					
Saldo Laufende Rechnung	2.9		-51.0		-9.3
Abschreibungen Verwaltungsverm.	130.3	-1.7	128.1	1.1	126.7
Selbstfinanzierung	133.2	-42.1	77.1	-34.3	117.4
Selbstfinanzierung	133.2	-42.1	77.1	-34.3	117.4
Nettoinvestitionen	-145.0	-9.3	-131.5	-12.2	-149.8
Finanzierungssaldo	-11.8	362.4	-54.4	67.8	-32.4
Selbstfinanzierungsgrad	91.9	-36.2	58.6	-25.2	78.4

In der *Investitionsrechnung* wird das budgetierte Ausgabenvolumen um rund 20 Mio. Franken oder 11.2% nicht ausgeschöpft. Die Nettoinvestitionen erreichen daher das geplante Niveau von 149.8 Mio. Fr. nicht. Auch gegenüber der Rechnung 2000 sind die Nettoinvestitionen um 13.5 Mio. Fr. oder 9.3% tiefer.

Die *Selbstfinanzierung* reduziert sich aufgrund des Aufwandüberschusses in der Laufenden Rechnung sowohl gegenüber dem Budget als auch der Vorjahresrechnung, und zwar auf 77.1 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad muss mit 58.6% als unbefriedigend bezeichnet werden.

3.2 Entwicklung der Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung ist auf den tiefsten Stand seit 1994 gesunken.

Selbstfinanzierung

Jahr	Mio. Fr.	In % der Netto- Investitionen	In % des Laufenden Aufwandes
1990	116	115	9.4
1991	16	13	1.2
1992	56	37	3.7
1993	57	37	3.7
1994	105	62	6.2
1995	139	81	7.9
1996	179	112	9.1
1997	138	88	6.9
1998	147	91	7.4
1999	146	96	7.0
2000	133	92	6.0
2001	77	59	3.5
B 2002	82.4	55.3	3.7

3.3 Würdigung des Rechnungsabschlusses

Der Staatsrechnungsabschluss 2001 muss als unbefriedigend beurteilt werden. Nebst zahlreichen Sonderfaktoren ist der schlechte Verlauf auch auf strukturelle Faktoren zurückzuführen. Im Finanzhaushalt des Kantons Basel-Landschaft ist eine Trendumkehr festzustellen. Ohne Gegenmassnahmen dürften sich die kantonalen Finanzen in den kommenden Jahren weiter anspannen. Denn in den kommenden Jahren sind zahlreiche Mehrausgaben zu erwarten, wie im Gesundheitswesen (z.B. im Rahmen der KVG-Revision von bis zu 40 Mio. Fr. pro Jahr) und im Bildungswesen.

4 Flussdiagramm

Das Flussdiagramm³ der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung plus Investitionsrechnung) zeigt wie der Staatshaushalt finanziert wird und für welche Aufwandarten die Mittel verwendet werden.

Die durchlaufenden Beiträge und die internen Verrechnungen sind separat dargestellt, da sie für diese Betrachtung irrelevant sind.

Auf der Ertragsseite dominieren weiterhin die Steuern (53.8%), doch nimmt ihre Bedeutung stetig ab (1990 waren es noch 63.1% und 1995 57.0%). Entgelte (16%) und vor allem Transfereinnahmen (Kontengruppen 44-46) mit 17.9% werden immer wichtiger, was die wachsende Bedeutung des Transferhaushaltes unterstreicht. Die Entgelte enthalten u.a. die Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen, während die Transfereinnahmen die Überweisungen von Bund, Kantonen und Gemeinden enthalten.

Die direkte Bundessteuer ist separat dargestellt. Der Kanton erhebt 355 Millionen Franken (Betrag von 1998) an direkter Bundessteuer und Wehrpflichtersatz. Dieser Betrag wird neben der Staatsrechnung vorbei nach Bern geleitet. Ein Teil fliesst zurück, als Finanzausgleich (enthalten in Anteile und Beiträge), Subventionen (enthalten in Beiträge) sowie Bundesbeiträge an Investitionen (enthalten in den Investitionseinnahmen). Es zeigt sich, dass die finanziellen Beziehungen zum Bund komplex sind und sich im Kantonshaushalt an verschiedenen Stellen widerspiegeln. Hinsichtlich der Aufwandseite sei auch auf die wachsende Bedeutung der Beiträge an die eidgenössischen Sozialwerke verwiesen, an denen auch die Gemeinden partizipieren (Eigene Beiträge).

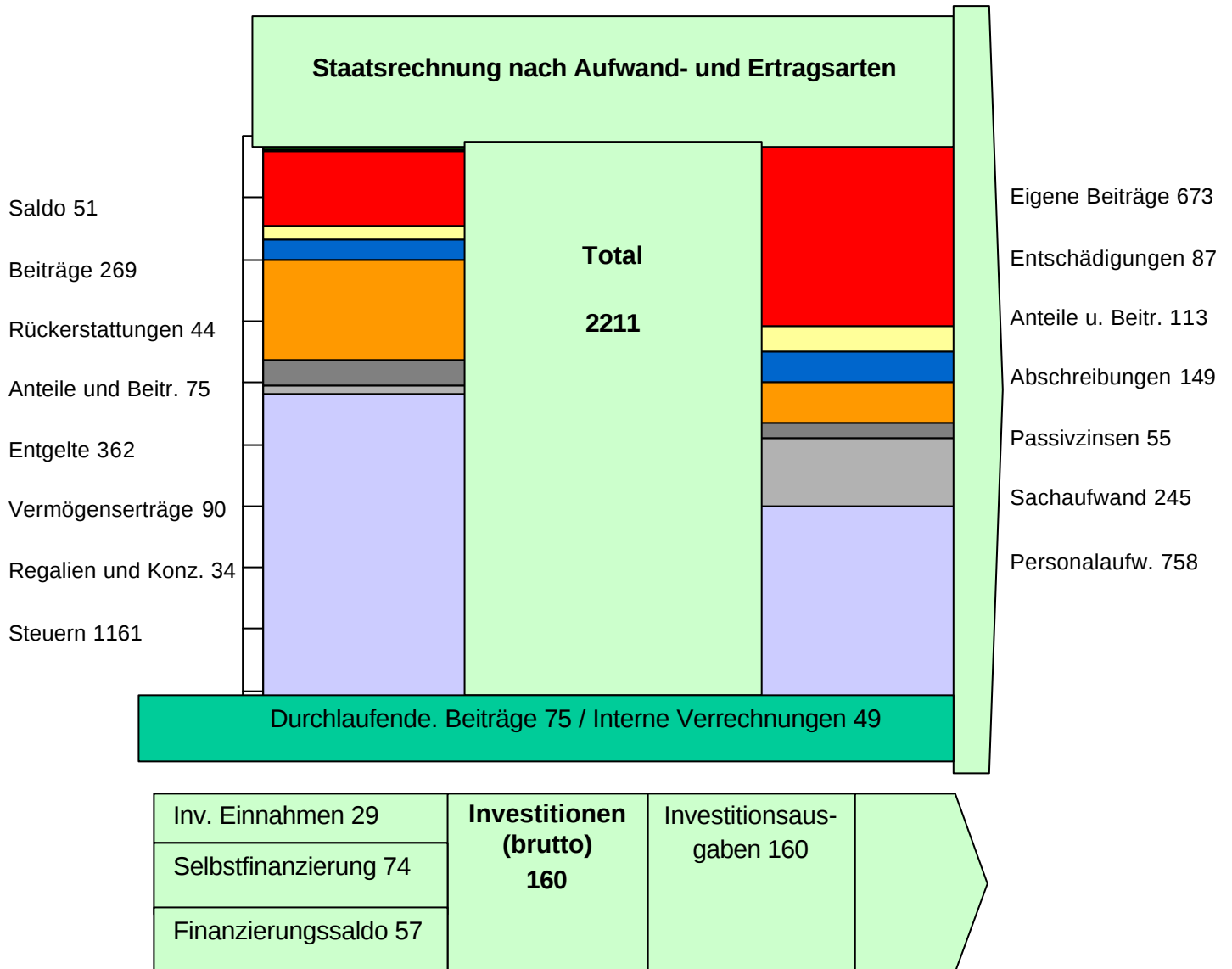
Das System der Bundesbeiträge wird mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) vollständig reformiert. Es werden nicht nur die Finanzströme neu geordnet, sondern auch die Aufgabenzuteilung auf Bund und Kantone. Zudem werden die Rahmenbedingungen für die zunehmend wichtiger werdende interkantonale Zusammenarbeit verbessert.

Auf der Aufwandseite dominiert der Personalaufwand (34.3%). Gewichtig sind auch die Eigenen Beiträge, v.a. für die Bereiche Erziehung und Gesundheit und an den Bund (eidg. Sozialwerke). Der Sachaufwand bleibt mit einem Anteil von 11.1% relativ untergeordnet. In den Abschreibungen (6.7%) sind der Werteverzehr auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen enthalten sowie uneinbringliche Steuern und andere Debitoren. Dies im Gegensatz zur Selbstfinanzierung, wo nur die Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen berücksichtigt wird.

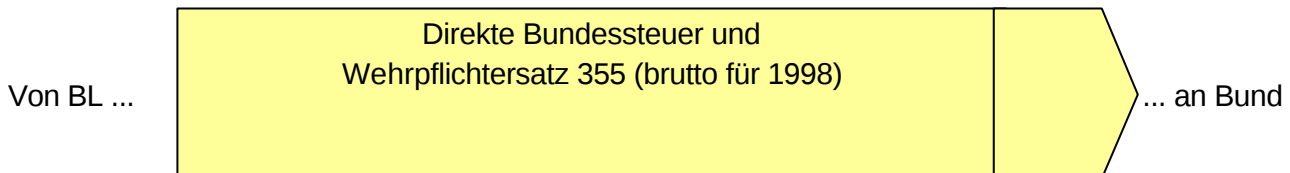
Die Investitionsrechnung zeigt, wie die Investitionsausgaben finanziert werden, nämlich durch die Investitionseinnahmen (u.a. Bundesbeiträge), die Selbstfinanzierung (Saldo der Laufenden Rechnung plus Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen) und die rechnerische Neuverschuldung im Falle eines negativen Finanzierungssaldos.

³ Die Einlagen und Entnahmen in Spezialfinanzierungen und Fonds werden angesichts der vergleichsweise geringen Beträge nicht dargestellt (es handelt sich um Einlagen von 6.2 Mio. Fr. und Entnahmen von 0.2 Mio. Fr.).

Flussdiagramm 2001 (in Mio. Fr.)



Ausserhalb der Staatsrechnung



5 Analyse der Rechnung 2001

5.1 Entwicklung der Aufwendungen nach Artengliederung

Die verschiedenen Aufwandkategorien haben sich gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung wie folgt entwickelt:

in Mio. Fr.	Rechnung 2000	% Ver. zu R 00	Rechnung 2001	% Ver. zu B 01	Budget 2001 inkl. NK
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	715.8	5.9	757.7	0.9	751.0
31 Sachaufwand	237.5	3.0	244.6	2.4	238.9
32 Passivzinsen	64.1	-14.7	54.7	-0.1	54.7
33 Abschreibungen	149.9	-0.6	149.0	5.8	140.8
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	120.6	-6.0	113.3	0.7	112.6
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	49.0	76.7	86.7	68.5	51.4
36 Eigene Laufende Beiträge	666.8	1.0	673.4	-0.3	675.4
37 Durchlaufende Beiträge	78.2	-2.8	76.0	-1.0	76.7
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	89.9	-93.1	6.2	-28.6	8.7
39 Interne Verrechnungen	49.6	-0.2	49.5	1.0	49.0
Gesamttotal Aufwand	2'221.4	-0.5	2'211.0	2.4	2'159.3

Der **Personalaufwand** übersteigt das Budget um 6.7 Mio. Fr. oder 0.9%. Die vom Landrat genehmigte allgemeine Lohnanpassung von 1.5 Prozent war zentral bei der Finanz- und Kirchendirektion budgetiert. Damit resultiert beim Vergleich der einzelnen Lohnkonti in Budget und Rechnung eine Verzerrung. Grosse Abweichungen beim Personalaufwand gegenüber dem Budget resultieren bei den Kantonsspitalern (Stellenausbau sowie Auswirkungen der Besoldungsrevision), der Polizei (geplanter Stellenausbau nicht vollumfänglich realisiert) und bei den Lehrpersonen (Sekundarschulen, Berufsschulen).

Gegenüber der Rechnung 2000 resultiert eine Zunahme des Personalaufwands um 41.9 Mio. Franken oder 5.9%. Von dieser Zunahme sind 2.4% auf die teuerungs- und lohnsystembedingte Lohnsummensteigerung zurückzuführen. Die weitere Zunahme ist u.a. auf einen Stellenausbau bei den Kantonsspitalern, bei der Polizei, bei den Lehrpersonen und beim Verwaltungspersonal zu-

rückzuführen. Die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse (inkl. Vorpensionierung) haben um 8.5 Mio. Franken zugenommen.

Der **Sachaufwand** übersteigt mit 244.6 Mio. Franken den budgetierten Betrag um 5.7 Mio. Franken oder 2.4%. Grosse Abweichungen gegen oben resultieren beim Kauf von Maschinen, Apparaten (+2 Mio. Fr.), beim Heizmaterial (+1 Mio. Fr.), beim medizinischen Verbrauchsmaterial (+1.8 Mio. Fr.) und bei den Arzthonoraren und medizinischen Fremdleistungen (+1.9 Mio. Fr.). Den Budgetbetrag nicht erreicht haben die Ausgaben für Gebäude-Umbau und –Ausbau (-1.5 Mio. Fr.).

Gegenüber der Rechnung 2000 resultiert eine Zunahme des Sachaufwands von 7.1 Mio. Fr. oder 3%. Diese Entwicklung ist wiederum auf dieselben Bereiche wie beim Vergleich zum Budget zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** übersteigen mit 149.0 Mio. Fr. den budgetierten Betrag um 8.2 Mio. Fr. oder 5.8%, was vor allem auf den Abschreibungsbedarf auf dem Finanzvermögen zurückzuführen ist. Die Abschreibungen für Swissair-Aktien und Wertberichtigung für die Crossair-Aktien machen 3.8 Mio. Fr. aus. Die Abschreibungen für unerhältliche Gebühren und Guthaben sind um 4.5 Mio. Fr. höher als budgetiert.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** liegen mit 113.3 Mio. Fr. marginal über dem Budget; gegenüber 2000 resultiert ein Rückgang um 6.3 Mio. Fr. (-6.0%).

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen** belaufen sich auf 86.7 Mio. Fr. und weisen gegenüber dem Budget damit eine Abweichung von +35.3 Mio. Fr. auf. Diese Abweichung ist grösstenteils auf eine Umkontierung im Bereich der Spitalabkommen und Beiträge (vgl. Rubrik 2202) von der Kostenart 36 (Eigene laufende Beiträge) auf die Kostenart 35 (Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen) zurückzuführen. Die Differenz zum Budget aufgrund dieser Umkontierung beträgt bei den Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen +39.8 Mio. Fr.

Die Beiträge für Spitalabkommen einschliesslich ausserkantonale Hospitalisierungen liegen durchwegs über dem Budget (Basel-Stadt: +3.5 Mio. Fr.; Kt. SO: +2.2 Mio. Fr.). Die budgetierten Abfallgebühren an die KVA Basel im Umfang von 6.6 Mio. Fr. werden nicht benötigt, da die Rechnungsstellung direkt an die Privatkunden erfolgt (saldenneutraler Ausgleich bei den Entgelten, Kontengruppe 43).

Die **Eigenen Laufenden Beiträge** bewegen sich mit 673.4 Mio. Fr. auf der Höhe des budgetierten Betrags. Unter Berücksichtigung der oben erwähnten Umkontierung ist gegenüber dem Budget eine Zunahme von 37.8 Mio. Fr. oder 5.6% festzustellen. 13.9 Mio. Fr. machen die Mehrausgaben für AHV/IV und Prämienverbilligungen KVG aus. Gegenüber dem Budget um je 1 Mio. Fr. höher ausgefallen sind Beiträge für den Umweltschutzbereich und für den öffentlichen Verkehr (Abgeltung an Basel-Stadt). Im Schulbereich sind gegenüber dem Budget folgende Abweichungen erwähnenswert: Schulabkommen +1 Mio. Fr., Beiträge an Löhne der Lehrpersonen +1.1 Mio. Fr., Beiträge an Basel-Stadt für Universität +11.8 Mio. Fr., Beiträge an KV Baselland +2.4 Mio. Fr.; Beiträge an Heime und IV-Sonderschulen +3 Mio. Fr.

Im Vergleich zum Vorjahr resultiert bei den Eigenen Laufenden Beiträgen eine moderate Zunahme von 6.6 Mio. Fr.

5.2 Entwicklung der Erträge nach Artengliederung

Die Erträge erreichen insgesamt den budgetierten Wert, wobei dieses Ergebnis auf unterschiedliche Einflussfaktoren zurückzuführen ist. Gegenüber der Vorjahresrechnung ist eine substantielle Abnahme von 3% zu verzeichnen, welche vor allem in den Bereichen Steuern und Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung begründet liegt.

in Mio. Fr.	Rechnung 2000	% Ver. zu R 00	Rechnung 2001	% Ver. zu B 01	Budget 2001 inkl. NK
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1220.2	-5.1	1161.1	0.5	1154.8
41 Regalien und Konzessionen	33.8	0.6	34	2.4	33.2
42 Vermögenserträge	84.2	6.5	90.1	14.2	78.9
43 Entgelte	351.8	2.9	362.4	2.5	353.4
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	117.2	-57.1	74.6	-29.6	105.9
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	40.7	7.3	43.9	28.0	34.3
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	250.3	6.9	268.8	1.7	264.3
47 Durchlaufende Beiträge	78.2	-3.6	75.5	-1.6	76.7
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	0.2	0.0	0.2		0.1
49 Interne Verrechnungen	47.7	3.4	49.4	2.1	48.4
Gesamttotal Einnahmen	2'224.6	-3.0	2'160.0	0.5	2'150.0

Beim Steuerjahr 2001 handelt es sich um das erste Jahr der Umstellung auf die einjährige Gegenwartsbesteuerung. Die Steuererträge basieren auf Schätzungen der für das Steuerjahr 2001 zu erwartenden Fakturierungen. Die mit der Steuerharmonisierung eingeführten Änderungen sind weitgehend aufkommensneutral. Für die Steuerjahre 2001 und 2002 beeinflussen jedoch ausserordentliche Faktoren aus der Bemessungslücke (1999 und 2000) das Steueraufkommen massiv. Diese ausserordentlichen Faktoren, namentlich der doppelte Kinderabzug, der ausserordentliche Gebäudeunterhalt sowie die vollständige Abzugsfähigkeit von Krankheitskosten führen für das Jahr 2001 zu Steuerausfällen von insgesamt 57 Mio. Franken. Diese Steuerausfälle wurden anlässlich der Budgetierung 2001 unterschätzt. Desweiteren zeigen die per Ende 2001 effektiv vereinnahmten Einkommenssteuern für das Jahr 2000, dass die Basis für die Berechnung der Steuereinnahmen um rund 20 Mio. Franken zu hoch angesetzt worden ist. Diese Faktoren führen dazu, dass die *Einkommenssteuern natürlicher Personen* den Budgetbetrag um 50.9 Mio. Franken oder 7.1% nicht erreichen. Gegenüber der Rechnung 2000 muss ein Einbruch von 37.4 Mio. Franken hingenommen werden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die **Steuererträge gegliedert nach Arten**:

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2000	% Ver. zu R 00	Rechnung 2001	% Ver. zu B 01	Budget 2001 inkl. NK
Einkommenssteuer nat. Personen	701.5	-5.3	664.1	-7.1	715.0
Vermögenssteuer nat. Personen	92.3	-8.6	84.4	0.4	84.0
Grenzgänger, Nach- und Straf- steuern; Doppelbest.abkommen	62.2	-49.3	31.5	2.7	30.7
Ertragssteuer juristische Personen	130.7	3.4	135.1	12.6	120.0
Kapitalsteuer juristische Personen	13.3	2.2	13.6	13.0	12.0
Kirchensteuer jurist. Personen	7.2	2.9	7.4	12.7	6.6
Abfindungen, Liquidationen	17.8	125.8	40.2	322.8	9.5
Grundstückgewinnsteuer	41.1	-15.5	34.7	-13.2	40.0
Handänderungssteuer	25.8	21.4	31.3	4.3	30.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	62.5	-20.0	50.0	25.0	40.0
Verkehrssteuer	65.8	4.7	68.9	2.9	67.0
Gesamttotal Steuern	1220.2	-4.8	1'161.1	0.6	1'154.8

Bei der *Vermögenssteuer natürlicher Personen* schlägt sich das schlechte Börsenjahr nieder. Bei der *Ertragssteuer juristischer Personen* wird erwartet, dass sie deutlich über dem Budget und leicht über dem effektiv für 2000 fakturierten Betrag liegt. Die *Steuern aus Abfindungen und Liquidationen* vermögen mit unerwartet hohen Mehreinnahmen im Umfang von 30.7 Mio. Franken die Ausfälle bis zu einem gewissen Grad zu kompensieren. Auch die *Mehreinnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuern* resultieren aus einer ausserordentlichen Abwicklung von zahlreichen älteren Fällen. Das *Verkehrssteueraufkommen* folgt dem bisherigen Trend, wonach mit jährlichen Zunahmen gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden kann.

Bei den **Vermögenserträgen** schlägt sich der um 3 Mio. Fr. über dem Budget liegende Reingewinn der Basellandschaftlichen Kantonalbank positiv nieder. Weiter beeinflussen ausserordentliche Buchgewinne (Auflösung einer nicht benötigten Rückstellung sowie Bewertung eines Warenbestands aufgrund eines neuerstellten Inventars) das Ergebnis positiv um 6.2 Mio. Fr.

Die **Entgelte** haben sich über den Erwartungen entwickelt und verzeichnen mit 362.4 Mio. Franken gegenüber dem Budget eine Abweichung von 9.0 Mio. Franken oder 2.5%. Gegenüber dem Budget resultieren Mehreinnahmen bei den Gerichtsgebühren (+2.4 Mio. Fr.), den Pflögetaxen (+4.5 Mio. Fr.) und bei den Rückerstattungen (+5.4 Mio. Fr.). Bei den Bussen werden gegenüber dem Budget Mindereinnahmen von 1 Mio. Fr. verzeichnet.

Die **Anteile aus Bundeseinnahmen** (direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer) haben die Budgetwerte nicht erreicht, wobei eine Periodenabgrenzung zusätzlich zum schlechten Ergebnis beiträgt.

Bei der Entwicklung der **Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen** und der **Laufenden Beiträge für eigene Rechnung** ist die Umkontierung in der Rubrik 2202 (Spitalabkommen und Beiträge) zu berücksichtigen.

5.3 Kommentar zum Sektor Gesundheit

Der Blick auf die Konten der Staatsrechnung der letzten Jahre verdeutlicht den hohen Stellenwert des Gesundheitssektors im kantonalen Finanzhaushalt. Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) im Jahr 1996 beanspruchen die Gesundheitskosten praktisch unverändert einen Fünftel des Aufwands in der Laufenden Rechnung. Die Bruttokosten (ohne die Ausgaben für die Verbilligung der Krankenversicherungsprämien) erreichten im Jahr 2001 ein Volumen von 448 Millionen Franken. Davon finanzierte der Kanton 190 Millionen Franken, was einem Anteil von praktisch 40% der gesamten Gesundheitskosten entspricht.

Gesundheitskosten und -erträge 1996 - 2001 (Mio. Fr.)							
Aufwand	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Veränderung seit 1996
Spitalbetriebe 1)	309	309	313	310	330	360	17%
Spitalabkommen und Beiträge 2)	52	61	52	61	70	74	43%
Übrige Gesundheitskosten 3)	13	12	14	12	13	14	5%
Total	374	381	378	383	412	448	20%
Erträge							
Spitalbetriebe 1)	214	215	219	217	232	245	14%
Spitalabkommen und Beiträge 2)	12	11	15	6	7	10	-17%
Übriger Gesundheitsertrag 3)	3	2	2	2	3	3	0%
Total	229	228	236	225	242	258	13%
Saldo (Kosten - Erträge)							
Spitalbetriebe 1)	95	94	94	93	98	115	21%
Spitalabkommen und Beiträge 2)	40	50	37	55	63	64	62%
Übrige Gesundheitskosten 3)	10	10	12	10	10	11	6%
Nettokosten	145	153	142	158	170	190	31%
¹⁾ 2270, 2271, 2275, 2280, 2290, 2295,							
²⁾ 2202							
³⁾ 2201, 2204, 2205,							

Die relative Bedeutung der Gesundheitskosten für den Staatshaushalt hat seit der Einführung des KVG leicht zugenommen. Der Aufwand ist seither um 20% gestiegen, während der Ertrag in der Laufenden Rechnung gleichzeitig um 13% gesteigert wurde. Dies hat zur Folge, dass sich der Anteil der Gesundheitskosten am Gesamtaufwand des Kantons von 19% (Stand 1996) auf mehr als 20% (Stand 2001) erhöht hat.

Der Gesundheitsbereich steuert seit 1996 nahezu unverändert rund 12% zu den Erträgen in der Laufenden Rechnung bei. Das Ertragswachstum im Gesundheitssektor liegt mit 13% merklich über dem Anstieg der Gesamterträge von 10%. Weil die Ertragsentwicklung mit der Aufwandentwicklung nicht Schritt gehalten hat, sind die Nettokosten des Gesundheitswesens seit Einführung des KVG um 31% überproportional auf 190 Millionen Franken angestiegen.

Der Anteil der einzelnen Komponenten an den gesamten Gesundheitskosten ist über den betrachteten Zeitraum annähernd konstant geblieben. Auf die Spitalbetriebe (Kantonsspitäler, Kantonale Psychiatrische Dienste und Kantonales Altersheim) entfallen 80% der Ausgaben, auf die Spitalabkommen 17% und auf die übrigen Gesundheitskosten (Sanitätswesen, Kontrollstelle für Heil- und Betäubungsmittel, Kinder- und Jugendzahnpflege und Berufsschule für Pflege) 3% der Bruttoaufwendungen. Auf der Ertragsseite fällt der hohe Anteil der Spitalbetriebe von circa 95% an den Gesamteinnahmen auf.

5.4 Kommentare zum Bildungssektor

Die Bildungskosten sind seit 1996 brutto und netto um rund einen Viertel gewachsen. Die überproportionale Zunahme hat zur Folge, dass der Anteil der Bildungskosten am Gesamtaufwand des Kantons von etwas über 20% (Stand 1996) auf annähernd 23% gestiegen ist. Der Stellenwert der Bildung im kantonalen Finanzhaushalt übersteigt damit denjenigen des Gesundheitsbereichs. Dies zeigt die wachsende Bedeutung des Bildungswesens für den Kanton.

Obwohl die Erträge im Bildungssektor seit 1996 um 30% überdurchschnittlich gestiegen sind, finanziert der Kanton nach wie vor 90% der Kosten.

Die finanziellen Aufwendungen für die Grundschulen nehmen relativ weiter ab; ihr Anteil hat sich im Jahr 2001 auf 32.5% der Bildungskosten zurückgebildet. Das ist 1% weniger als 2000. Zugelegt haben die weiterführenden Schulen, deren Anteil um 1.5 Punkte auf 38.5% gestiegen ist. Diese Entwicklungen sind ein Beleg für die anhaltende Tertiarisierung im Bildungssektor. Für die Berufsbildung verwendet der Kanton heute 21.5% der Bildungsausgaben. Das sind 2.5% mehr als 1996.

Aufwand	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Ver. seit 1996
Grundschulen ¹	145	143	157	158	162	164	13
Weiterführende Schulen ²	61	55	68	68	64	65	6
Tertiäre Stufe ³	104	107	113	109	115	130	25
Berufsbildung ⁴	77	82	85	87	105	108	40
Übrige Bildungskosten ⁵	20	22	27	27	39	38	90
Total	407	409	450	449	485	505	24
Erträge							
Grundschulen ¹	3	3	2	2	3	3	0
Weiterführende Schulen ²	9	9	11	11	17	13	42
Tertiäre Stufe ³	0	3	5	0	1	1	385
Berufsbildung ⁴	16	14	16	15	20	20	25
Übriger Bildungsertrag ⁵	11	7	13	14	14	14	27
Total	39	36	47	42	55	51	31
Saldo (Kosten-Erträge)							
Grundschulen ¹	142	140	155	156	159	161	13
Weiterführende Schulen ²	52	47	56	57	47	52	0
Tertiäre Stufe ³	104	103	109	109	114	129	24
Berufsbildung ⁴	61	68	69	72	85	88	44
Übrige Bildungsertrag ⁵	9	15	14	13	25	24	167
Nettokosten	368	373	403	407	430	454	23
¹ 2520, 2522, 2524, 2527, 2529 ² 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535 ³ 2536, 2537, 2538, 2539 ⁴ 2241, 2242, 2260, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2548, 2549 ⁵ 2501, 2502, 2503, 2504, 2510, 2512							

5.5 Leistungsaustausch mit der Stadt Basel

Baselland wendet rund 10% des Laufenden Haushalts auf für die Abgeltung von Leistungen, die in der Stadt Basel erbracht werden, oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben (z.B. UKBB). Bei den Abgeltungen handelt es sich um Leistungseinkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Kultur.

Die Mechanismen, auf denen die Abgeltungszahlungen beruhen, müssen regelmässig überprüft werden. Dies machen auch der Bund und die Kantone für ihre Subventionen im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA). Bei die-

sem ehrgeizigen innenpolitischen Reformprojekt geht es jedoch nicht nur um technische Aspekte des Finanzausgleichs, sondern um eine eigentliche Föderalismusreform. Neben umfassenden Überlegungen zur richtigen Zuteilung der Aufgaben auf Bund und Kantone enthält dieses Dossier auch Leitlinien zur Neugestaltung der interkantonalen Zusammenarbeit. Der Botschaft zum NFA liegt ein Grundsatzdokument der Kantone bei, das aufzeigt wie die interkantonalen Beziehungen zukünftig ausgestaltet werden könnten (Interkantonale Rahmenvereinbarung). Mit der interkantonalen Zusammenarbeit wird eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung angestrebt. Dabei soll der Grundsatz zur Anwendung kommen, dass die Nutzniesser möglichst auch Kosten- und Entscheidungsträger sind. Mit anderen Worten sollen diejenigen, welche die Kosten tragen auch über entsprechende Mitspracherechte und Steuerungsmöglichkeiten verfügen. Die Kostenbeteiligungen richten sich nach den beanspruchten Leistungen und weiteren Kriterien, wie Mitspracherechte, Zugang zum Leistungsangebot, etc. Der Regierungsrat wird die Finanztransfers nach Basel im Lichte dieser Vereinbarung prüfen und eine Strategie formulieren.

Transfers zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt 1996 – 2001 (in Mio. Fr.)						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Nettoabgeltungen an BS	121	141	131	145	167	163
Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	20	28	32	52	50	54
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	141	169	163	197	217	217
Aufwand Laufende Rechnung BL	1'958	2'001	1'992	2'086	2'221	2'211
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	7.20	7.45	8.17	9.42	9.78	9.83
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben		3	22	8	16	8

6 Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen verfehlen den budgetierten Betrag um 18.3 Mio. Franken und betragen 131.5 Mio. Franken. Diese Entwicklung ist auf nicht ausgeschöpfte Kredite in den Bereichen National-/Hochleistungsstrassen im Höhe von 3.1 Mio. Franken, Abwasserreinigungsanlagen von 6 Mio. Franken und Wasserbau von 2 Mio. Franken zurückzuführen.

Im Hochbau beträgt das Investitionsniveau 37.2 Mio. Franken und unterschreitet damit das Budget um 5.3 Mio. Franken und das Vorjahresniveau um 11 Mio. Franken.

7 Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Die Darlehen für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung wurden aufgrund von Rückzahlungen des Bundes von 91.9 Mio. Fr. auf 34.7 Mio. Fr. reduziert. Der Finanzbedarf der allgemeinen Staatsverwaltung wurde mit einer Privatplatzierung von 200 Mio. Fr. abgedeckt. Die Durchschnittsverzinsung hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter reduziert, und zwar von 4.4% auf 3.3%.

Anträge:

1. Der Landrat genehmigt die Staatsrechnung 2001, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen.
2. Der Landrat nimmt vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2001 Kenntnis.

Liestal, 26. März 2002

Im Namen des Regierungsrates

Der Regierungspräsident: Peter Schmid

Der Landschreiber: Walter Mundschin